



## **Dysfunktionale Funktionalität**

*Andreas Stückler*

*Zitation: Stückler, Andreas (2019): Dysfunktionale Funktionalität, in: Kritiknetz - Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft*

© 2019 bei [www.kritiknetz.de](http://www.kritiknetz.de), Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

Eine bis heute nicht abschließend geklärte Frage sozialwissenschaftlicher Theoriebildung (soweit theoretische Kontroversen überhaupt abschließend zu klären sind) betrifft den Funktionszusammenhang bzw. die Funktionalität gesellschaftlicher Strukturen. Die sozialwissenschaftliche Theorie-landschaft ist traditionell geprägt durch einen Gegensatz von Handlungstheorien auf der einen und Strukturtheorien auf der anderen Seite, wobei diesen in der Regel, explizit oder implizit, ebenso differente Positionen zur theoretischen Annahme sozialer Funktionen oder einer bestimmten Funktionslogik gesellschaftlicher Strukturen inhärent sind. Strukturtheorien setzen zumeist schon in ihren zentralen Prämissen die Unterstellung einer gesellschaftlichen Funktionalität voraus, implizieren also bereits auf einer grundsätzlichen erkenntnistheoretischen Ebene die Annahme, dass die Herausbildung sozialer Strukturen gewissen funktionalen Gesichtspunkten folgt, insofern gesellschaftliche Institutionen für die Gesellschaft als ganze bestimmte Funktionen erfüllen. In der Theoriegeschichte wurde diese Position vielleicht nirgends so ausdrücklich vertreten wie im sogenannten »Strukturfunktionalismus« eines Talcott Parsons aus den 1950er Jahren, bei dem der Zusammenhang von Struktur und Funktion praktisch bereits im Titel enthalten war und von vornherein das Forschungsprogramm definierte (vgl. Parsons 1951). Nicht mehr ganz so explizit mag dieser Zusammenhang in neueren Systemtheorien Luhmannscher Prägung zum Ausdruck kommen, die Gesellschaft als einen Zusammenhang selbstreferentieller, dabei allerdings strukturell miteinander gekoppelter Systeme (Wirtschafts-, Rechts-, Politik-, Wissenschaftssystem etc.) beschreiben (vgl. Luhmann 1984). Aber auch diese implizieren per se die Annahme, dass diese verschiedenen (Sub-) Systeme für das gesellschaftliche System als Ganzes, wenn auch auf je eigene Weise und mit jeweils spezifischen Systemlogiken, eine bestimmte Funktion erfüllen und auf diese Weise überhaupt erst in einem funktionalen Sinne zu Subsystemen der Gesellschaft werden. Im Gegensatz dazu wird von Handlungstheorien (relativ egal welcher Provenienz, seien es sozialkonstruktivistische, symbolisch-interaktionistische, ethnomethodologische, praxeologische usw. Ansätze, vgl. exempla-

risch Blumer 1973; Berger/Luckmann 2007; Coulter 1990; Bourdieu 1977; Hörning/Reuter 2004; für einen Überblick über soziologische Handlungstheorien vgl. Miebach 2010) gerade die Existenz einer für die Gesellschaft konstitutiven Funktionalität gesellschaftlicher Strukturen vehement bestritten und entsprechende theoretische Annahmen als deterministisch abgelehnt. Diese stellen stattdessen – und im Prinzip genau umgekehrt – das (Alltags-)Handeln von Menschen in den Mittelpunkt ihrer Theorie. Gesellschaftliche Strukturen erscheinen dabei in erster Linie als Resultate bzw. Effekte sozialer Handlungen und Interaktionen. An Struktur- bzw. Systemtheorien wird kritisiert, dass diese dazu neigen, den Eigensinn und die Kreativität menschlichen Handelns zu negieren und Menschen gleichsam auf vollends determinierte Objekte gesellschaftlicher Strukturen zu reduzieren.<sup>1</sup> Eine solche, primär auf das Handeln abstellende Perspektive schließt die Annahme einer wie auch immer gearteten, dem Handeln sozusagen vorgelagerten gesellschaftlichen Funktionslogik apriorisch aus. Das Handeln der Menschen ist demnach immer schon viel zu kreativ und die Resultate ihres Handelns viel zu kontingent und oft auch widersprüchlich, als dass eine das gesellschaftliche Leben determinierende, in sich funktionale Struktur als primär, im Sinne einer objektiv gegebenen Faktizität, angenommen werden könnte.

Dieser Dualismus aus Handlungstheorie versus Struktur- bzw. Systemtheorie, der sich in ähnlicher Form auch durch die marxistische Theoriebildung zieht<sup>2</sup>, ist nun freilich aus gesellschaftstheoretischer Sicht insofern nicht unproblematisch, als durchaus Zweifel angebracht sind, ob denn die Frage nach gesellschaftlichen Funktionszusammenhängen überhaupt auf eine derart strikte, kategorische Entscheidung reduzierbar ist, dass solche Funktionszusammenhänge entweder als gegeben oder eben als nicht gegeben anzunehmen seien. Bereits das Verhältnis von Handeln und Struktur erweist sich ja bei genauerer Betrachtung als wesentlich komplizierter als das schlichte Entweder-oder, das die Differenzierung in Handlungs- und Strukturtheorie nahelegt und diese als solche auch überhaupt erst begründet. Der alte, vielzitierte Ausspruch von Karl Marx, wonach die Menschen zwar »ihre eigene Geschichte [machen], aber nicht aus freien Stücken« (Marx 1972: 115), wurde in seinen gesellschaftstheoretischen Implikationen seitens der Sozialwissenschaft offenbar nie so ganz verstanden, jedenfalls ist er in der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung bis heute praktisch folgenlos geblieben. Worauf Marx damit im Grunde verweist, ist, dass das Verhältnis von Handeln und gesellschaftlicher Struktur weder einseitig zugunsten des Handelns, noch zugunsten der Struktur aufgelöst werden kann, sondern vielmehr beide als dialektisch miteinander vermittelt zu begreifen sind. Weder kann das Handeln aus der Struktur (im Sinne eines Struktur determinismus), noch die Struktur einseitig aus dem Handeln (im Sinne eines Voluntarismus) abgeleitet werden, sondern wäre das Verhältnis zwischen beiden als ein dialektisches zu denken, in dem sich Handeln und Struktur wechselseitig bedingen. Bei Marx findet dieses dialektische Verständnis von Handeln und Struktur u.a. seine Entsprechung in seinem Begriff von »Fetischismus«, womit er darauf anspielt, dass kapitalistische Formen wie Ware, Geld, Kapital, (Lohn-)Arbeit usw. zwar etwas von Menschen Imaginiertes und Gemachtes sind, diese sich aber zugleich gegenüber den Menschen verselbständigen und eine objektive, materielle Existenz angenommen haben:

---

<sup>1</sup> So kommt bekanntlich in der Systemtheorie der Mensch als handelnder Akteur de facto gar nicht mehr vor und wird theoretisch nur noch als Teil der Systemumwelt autopoietischer Systeme betrachtet. Gerade gegenüber der Systemtheorie fallen daher die Grenzziehungen seitens der Vertreter handlungstheoretischer Ansätze, vor allem solcher mit extrem mikrosoziologischer, interpretativer Orientierung, besonders dezidiert aus (vgl. exemplarisch Knoblauch 1999).

<sup>2</sup> Die Bandbreite reicht hier vom alten orthodox-marxistischen Basis-Überbau-Modell über den marxistischen Strukturalismus eines Louis Althusser bis hin zu eher dem handlungstheoretischen Spektrum zuzurechnenden hegemonietheoretischen Ansätzen eines Antonio Gramsci.

*»Sosehr nun das Ganze dieser Bewegung [Marx meint hier die Verwertungsbewegung des Kapitals, A.S.] als gesellschaftlicher Prozess erscheint und sosehr die einzelnen Momente dieser Bewegung vom bewussten Willen und besonderen Zwecken der Individuen ausgehen, sosehr erscheint die Totalität des Prozesses als ein objektivierter Zusammenhang, der naturwüchsig entsteht; und zwar aus dem Aufeinanderwirken der bewussten Individuen hervorgeht, aber weder in ihrem Bewusstsein liegt noch als Ganzes unter sie subsumiert wird. Ihr eigenes Aufeinanderstoßen produziert eine über ihnen stehende, fremde gesellschaftliche Macht.« (Marx 1983: 127)<sup>3</sup>*

Aus dieser Perspektive ist es also ebenso sehr das Handeln, das gesellschaftliche Strukturen bedingt, wie es umgekehrt und zugleich Strukturen sind, die soziales Handeln bedingen. So gesehen könnte man sagen, dass Handlungs- und Strukturtheorien in gewisser Weise gegeneinander Recht haben, dadurch aber auch auf je unterschiedliche Weise Unrecht: Weder geht das Handeln logisch der Struktur, noch die Struktur dem Handeln voraus, sondern stehen beide in einem dialektischen Vermittlungszusammenhang, den es zur Kenntnis zu nehmen und theoretisch auf den Begriff zu bringen gilt. Diese dialektische Tradition des Denkens wurde später vor allem von der Kritischen Theorie rund um Horkheimer und Adorno fortgeführt, insbesondere in ihrem Begriff von gesellschaftlicher »Totalität« (vgl. exemplarisch Adorno 2003a). Der in der Sozialwissenschaft vorherrschende Dualismus von Handlungs- und Strukturtheorie ist vor diesem Hintergrund im Prinzip nur die sinnfälligste institutionelle Vergegenständlichung eines undialektischen Handlungs- und Strukturbegriffs.<sup>4</sup>

Ähnliches wie für das Verhältnis von Handeln und Struktur gilt für die Frage der gesellschaftlichen Funktionalität: Auch diese kann nicht einfach darauf reduziert werden, sich theoretisch für oder gegen die Annahme sozialer Funktionen und entsprechender gesellschaftlicher Funktionsstrukturen entscheiden zu müssen bzw. ist die diesbezügliche, in den jeweiligen theoretischen Prämissen von Handlungs- und Strukturtheorien implizit enthaltene Frage eigentlich schon von vornherein falsch gestellt. Die Existenz objektiver, das Handeln der Menschen immer auch präformierender Funktionsstrukturen kann nicht ohne Weiteres verneint werden, wie das zumindest der Tendenz nach, und sei es nur implizit, von Handlungstheorien durch ihre primäre Fokussierung auf das Handeln sozialer Akteure praktiziert wird. Denn die Existenz solcher Funktionsstrukturen (dies gilt zumindest für moderne, kapitalistische Gesellschaften) ist evident und kann jeden Tag erfahren werden, spätestens wenn aus der kapitalistischen Struktur resultierende (Wirtschafts-)Krisen massive Auswirkungen auf das Leben und den Alltag der Menschen entfalten – egal, ob diese überhaupt an

---

<sup>3</sup> Berühmt geworden ist in dem Zusammenhang auch der Satz von Marx aus dem Warenfetisch-Kapitel im ersten Band des *Kapital*: »Sie wissen das nicht, aber sie tun es« (Marx 1986: 88).

<sup>4</sup> Dies trifft letztlich auch für die meisten, immer wieder unternommenen Syntheseveruche zwischen Handlungs- und Strukturtheorie zu. Diese bestehen für gewöhnlich in einer bloß oberflächlichen Zusammenführung von Handlungs- und Strukturperspektive, ohne beide hinreichend in ihrer dialektischen Vermitteltheit zu erfassen. Dies würde nämlich im Endeffekt über eine bloße Synthese hinausgehen und eine ganz neue theoretische Perspektive jenseits von Struktur- und Handlungstheorie voraussetzen. Dementsprechend neigen praktisch alle Syntheseveruche im Ergebnis dazu, das Verhältnis von Handeln und Struktur letztlich doch wieder entweder eher in Richtung der Struktur oder eher (und, soweit ich sehe, in den meisten Fällen) in Richtung des Handelns aufzulösen (vgl. exemplarisch Habermas 1981; Giddens 1984; Schimank 2000). Ihre aktuellste Gestalt nehmen derartige Syntheseveruche in neueren Praxistheorien an, die sogenannte »Praktiken« als gesellschaftlich präformierte bzw. vorstrukturierte Formen menschlichen Handelns in den Mittelpunkt ihrer Theorie stellen (vgl. prominent Reckwitz 2003, 2016; für einen Überblick über Praxistheorien vgl. Hillebrandt 2014). Hier wird also zwar das Moment der gesellschaftlichen Präformierung des Handelns theoretisch zur Kenntnis genommen, letztendlich aber Gesellschaft erst recht auf ein Ensemble sozialer »Praktiken« reduziert und so die Dialektik tendenziell wieder einseitig in Richtung des Handelns aufgelöst.

objektive Strukturen oder eine kapitalistische Funktionslogik glauben oder nicht. Zwar gehen die Menschen in diesen objektiven Funktionsstrukturen durchaus nicht auf, bestehen also innerhalb gesellschaftlicher Strukturen mehr oder weniger große Handlungsspielräume. Diese und die in ihnen vorhandenen Wahlmöglichkeiten, die Vielfalt an Lebensstilen und -formen und damit verbundene Handlungsorientierungen ändern aber nichts daran, dass sich diese stets innerhalb eines objektiv gegebenen kapitalistischen Strukturzusammenhangs herstellen und die Menschen mit jeder ihrer ›freien‹ Handlungen diese kapitalistische Struktur der Gesellschaft jeden Tag mit hervorbringen und reproduzieren. Denn bei aller Freiheit des Handelns unterliegen alle doch zumindest einem, dafür aber umso umfassenderen gesellschaftlichen Zwang: nämlich dem, Geld verdienen zu müssen. Adorno hat diesen grundlegenden gesellschaftlichen Zusammenhang einmal so formuliert:

*»Der totale Zusammenhang [der modernen Gesellschaft, A.S.] hat die Gestalt, daß alle dem Tauschgesetz sich unterwerfen müssen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen, gleichgültig, ob sie subjektiv von einem ›Profitmotiv‹ geleitet werden oder nicht« (Adorno 2003a: 14).*

Auf der anderen Seite ist mit der Existenz solcher gesellschaftlichen Funktionsstrukturen aber auch nicht, wie das bei Strukturtheorien oftmals erscheint, irgendeine gesellschaftliche oder gar historische Notwendigkeit verbunden, ja ist noch nicht einmal gesagt, dass diese Funktionsstrukturen für die Gesellschaft überhaupt in einem positiven Sinne ›funktional‹ sind, sondern diese haben oft genug auch negative oder zumindest widersprüchliche Effekte.<sup>5</sup> Gerade kapitalistische Gesellschaften zeichnen sich bekanntlich durch ein enormes Destruktionspotenzial aus, wie es heute vielleicht besonders an der ökologischen Problematik, an der systematischen Zerstörung natürlicher Ressourcen und insbesondere am drohenden Klimawandel ersichtlich wird (wir kommen darauf bald noch etwas ausführlicher zurück). Auch ist die kapitalistische Gesellschaft aufgrund ihrer Struktur voller Widersprüche, wie etwa eine heute wieder besonders stark steigende soziale Ungleichheit, die ihrerseits wieder ein ganzes Konzentrat von Problemen schafft (Armut, Arbeitslosigkeit, Kriminalität etc.), die gesellschaftlich bearbeitet bzw. politisch verwaltet werden müssen. Es kann also auch nicht die Rede davon sein, dass die funktionale Struktur kapitalistischer Gesellschaften gesamtgesellschaftlich gesehen ›funktional‹ ist – zumindest nicht, wenn damit gemeint ist, dass durch die Erfüllung bestimmter Funktionen (in einem positiven Sinne) das ›Funktionieren‹ der Gesellschaft insgesamt gewährleistet sei. Sondern es ist gerade diese funktionale Struktur der Gesellschaft selbst, die – wie ja in der Gegenwart immer deutlicher wird – höchst negative und sogar (auto-)destruktive Effekte zeitigt.

Mit anderen Worten: Um Gesellschaft angemessen verstehen und theoretisieren zu können, braucht es einerseits einen Funktionsbegriff, weil kapitalistische Gesellschaften nun einmal auf bestimmten, analytisch identifizier- und beschreibbaren Funktionslogiken und Formprinzipien beruhen, die immer auch maßgeblich das Handeln von Menschen strukturieren (Kapitalverwertung,

---

<sup>5</sup> Was im Übrigen von den meisten Struktur- bzw. Systemtheorien in dieser Ausdrücklichkeit auch gar nicht (oder jedenfalls nicht zwangsläufig) behauptet wird. So ist etwa einer der Zentralbegriffe bei Luhmann jener der »Kontingenz«, womit er darauf hinauswill, »dass es immer auch ganz anders sein könnte«. Ein wesentlicher Aspekt der Funktion gesellschaftlicher Systeme besteht dabei gerade in der Bewältigung dieser überall lauern den Kontingenz, oder anders formuliert: Der systemgerechte Vollzug ist durchaus nicht selbstverständlich und muss erst (durch Systeme) gewährleistet werden. Ebenso spricht er von »Paradoxien«, was auf widersprüchliche Effekte des Systemvollzugs verweist, die ebenfalls von den jeweiligen Subsystemen bearbeitet werden müssen. Was dabei aber freilich stets vorausgesetzt bleibt, ist die Annahme eines an sich funktionalen Systemzusammenhangs. Die Bearbeitung von Paradoxien und Kontingenzen ist sozusagen für das System als ganzes funktional.

Lohnarbeit, Geld, Warenkonsum, Markt, Trennung von Produktion und Reproduktion, (Wohlfahrts-) Staat etc.). Andererseits kann dieser Funktionsbegriff aber auch nicht funktionalistisch konzipiert sein, sondern muss vielmehr dialektisch gedacht werden, um so die gleichsam dysfunktionalen und oftmals destruktiven Momente kapitalistischer Vergesellschaftung erfassen zu können. Ein solcher dialektischer Funktionsbegriff – auch das geht über einen traditionellen Funktionsbegriff hinaus – hätte dabei ausdrücklich auch die Handlungsebene zu umfassen, denn weder exekutieren sich die gesellschaftlichen Funktionslogiken von selbst, noch vollziehen sie sich einfach über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern gehen, ganz im Gegenteil, stets durch das Handeln der Menschen hindurch und werden nur durch das Handeln der Menschen realisiert. Dies gilt gerade auch und erst recht mit Blick auf die besagten destruktiven Potenziale und Effekte der kapitalistischen Gesellschaftsform, wie z.B. das Ökologieproblem: Auch dieses gründet ja ganz wesentlich darin, dass Menschen tun (und zwar sehr gründlich tun), was man unter kapitalistischen Bedingungen halt so tut und was das Leben in dieser Gesellschaft überwiegend bestimmt: Arbeiten, Geldverdienen, Konsumieren usw. Kurz gesagt: Was es braucht, ist ein gesellschaftstheoretischer Funktionsbegriff jenseits von Handlungs- und Strukturtheorie.

Ich möchte im Folgenden, unter Rückgriff auf das oben angesprochene »fetischkritische« Gesellschaftsverständnis von Marx, den Begriff einer »dysfunktionalen Funktionalität« entwickeln, der genau auf diesen Aspekt einer für kapitalistische Gesellschaften charakteristischen, von den Menschen selbst getragenen, in sich jedoch in vielerlei Hinsicht dysfunktionalen und destruktiven Funktionsstruktur abzielt. Mit »dysfunktionaler Funktionalität« ist dabei gerade nicht gemeint, dass die funktionale Struktur kapitalistischer Gesellschaften irgendwie besonders störanfällig ist und durch verschiedene im System auftretende Dysfunktionalitäten und Missstände (z.B. soziale Ungleichheit, Umweltverschmutzung usw.) in ihrem reibungslosen Funktionieren beeinträchtigt wird, sondern dieser Begriff hebt vielmehr und ganz im Gegenteil darauf ab, dass diese »Dysfunktionalitäten«, Widersprüche und destruktiven Potenziale aus der kapitalistischen Funktionsstruktur selbst resultieren und unmittelbare und notwendige Effekte davon sind. »Notwendig« sind diese Effekte freilich – hier kommt nochmals die dem zu entwickelnden Begriff inhärente Handlungsperspektive zum Ausdruck – allein mit Blick auf die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse, nicht im Sinne eines universalen Determinismus, denn zumindest theoretisch stünde es den Menschen ja durchaus frei, ihr Zusammenleben auch anders zu organisieren und zu gestalten als in einer kapitalistischen Weise. Anders als es den meisten Menschen oftmals erscheinen mag, folgt der Kapitalismus keinem Naturgesetz, sondern beschreibt ein durch und durch soziales Verhältnis. »Dysfunktionale Funktionalität« ist also ein Begriff, der ausschließlich für kapitalistische Gesellschaften Geltung beansprucht (für diese dafür aber mit umso größerem Nachdruck).

Mit dem Begriff einer »dysfunktionalen Funktionalität« kann auch angeknüpft werden an vergleichbare dialektische Begrifflichkeiten, wie sie von Horkheimer und Adorno entwickelt wurden. Diese attestierten der kapitalistischen Gesellschaft etwa eine »irrationale Rationalität« (Horkheimer 2011; Horkheimer/Adorno 2010). Dieses kritische Verdikt bezog sich darauf, dass die kapitalistische Gesellschaft hoch rationale Mittel für einen letztlich irrationalen Zweck – nämlich den Selbstzweck der Kapitalverwertung – einsetzt, wodurch ständig auch eine ganze Reihe (auto-)destruktiver Potenziale freigesetzt werden (z.B. Atomkraft, ökologischer Raubbau etc.). Die im Folgenden herauszuarbeitende und auf den Begriff zu bringende »dysfunktionale Funktionalität« lässt sich also im Anschluss an den Befund von Horkheimer und Adorno im Kontext bzw. als Konsequenz jener »irrationalen Rationalität« verstehen.

Ich werde den Begriff anhand von zwei aktuellen gesellschaftlichen Problemen bzw. Tendenzen entwickeln, die sich meines Erachtens deshalb besonders gut zur Veranschaulichung der ›dysfunktionalen Funktionalität‹ kapitalistischer Gesellschaften eignen, da sich an beiden Beispielen recht gut zeigen lässt, dass und inwiefern diese Tendenzen ihre unmittelbare Ursache in der kapitalistischen Funktionslogik selbst haben, also gewissermaßen Folgen des ganz ›normalen‹ kapitalistischen Systemvollzugs bzw. Handelns sind. Es handelt sich dabei zum einen um aktuelle Tendenzen des ›Wegrationalisierens‹ von Arbeit durch fortschreitende Automatisierung und Digitalisierung, die global den Effekt zunehmender Massenarbeitslosigkeit und einer weitreichenden Prekarisierung von Arbeit erzeugen; zum anderen um die bereits angesprochene ökologische Problematik, die heute im allseits beklagten Klimawandel gipfelt, der voraussichtlich in nicht allzu ferner Zukunft verheerende Auswirkungen in weiten Teilen der Welt zeitigen wird (und zum Teil schon heute zeitigt). Beide Tendenzen haben darüber hinaus – und auch das prädestiniert sie meines Erachtens besonders zur Plausibilisierung einer ›dysfunktionalen Funktionalität‹ kapitalistischer Gesellschaften – eine Qualität, die auf eine absehbare ›Funktionsunfähigkeit‹ der kapitalistischen Funktionsstrukturen als solche hindeuten könnten, also möglicherweise eine fundamentale Krise der kapitalistischen Gesellschaftsform insgesamt anzeigen. Der Begriff der ›dysfunktionalen Funktionalität‹ hat so gesehen also auch einen gewissen zeitdiagnostischen Gehalt. Aus Platzgründen muss ich mich im Folgenden freilich auf eine sehr grobe und cursorische Diskussion der beiden beispielhaft ausgewählten Phänomene beschränken. Deren Darstellung ist also bei weitem nicht erschöpfend.

## **Die Krise der Arbeit**

Die kapitalistische Gesellschaft ist ihrem Wesen nach eine ›Arbeitsgesellschaft‹. Sie ist es insofern, als im Kapitalismus das Leben der Menschen primär um die Erwerbsarbeit zentriert ist. Selbst da, wo Menschen ihr Leben nicht in Arbeit zubringen, z.B. in der Freizeit oder im privaten Haushalt (als Hausfrau oder, seltener, als Hausmann), stehen sie dennoch in einem permanenten Verhältnis zur Arbeit (Freizeit als von Arbeit freie Zeit<sup>6</sup>, Haushaltstätigkeiten als Teil eines von der Arbeit bzw. der Produktion abgespaltenen Bereichs der gesellschaftlichen Reproduktion<sup>7</sup>) und sind vor allem stets von Arbeit abhängig: vom Lohn eigener oder anderer Arbeit, der einem die (meist mit Konsum verbundene) Freizeitgestaltung überhaupt erst ermöglicht bzw. vom Lohn, den der/die Partner/in als ›Familienernährer/in‹ nach Hause bringt. Das Schlimmste, was einem in der kapitalistischen Gesellschaft widerfahren kann, ist, seine Arbeit zu verlieren, denn damit ist man nicht nur von seiner materiellen Existenzgrundlage, sondern auch von jeder ›Teilhabe‹ an der Gesellschaft (und ›Teilhabe‹ an der Gesellschaft heißt im Kapitalismus nun einmal vor allem Arbeit und Konsum) abgeschnitten. Der Grund für diese eminente und unhintergehbare Bedeutung der (Lohn-)Arbeit liegt in der basalen Funktionslogik kapitalistischer Gesellschaften: Kapitalismus beruht auf der ständigen Verwertung von Kapital, und diese Verwertung von Kapital erfolgt auf dem Wege der Ausbeutung und produktiven Vernutzung menschlicher Arbeitskraft. Marx hat vor diesem Hintergrund nicht zufällig die Arbeit stets als die »Substanz« des Kapitals bezeichnet (Marx 1986: 53). Hier kommt noch hinzu, dass Massenproduktion und Massenkonsum, wie sie für entwickelte kapitalistische Gesellschaften charakteristisch sind, eine entsprechende Kaufkraft in der Bevölkerung

---

<sup>6</sup> Siehe hierzu etwa Adornos Überlegungen über »Freizeit« (Adorno 2003b).

<sup>7</sup> Zur kapitalistischen ›Abspaltung‹ der Reproduktion von der Produktion vgl. Scholz 2011.

voraussetzen, die wiederum selbst nur aus Arbeitseinkommen stammen kann, also ebenfalls auf Arbeit beruht. Auch sämtliche Staatstätigkeiten – vom Sozialstaat bis hin zur Rüstungs- und Sicherheitspolitik – müssen durch Abschöpfung von der gesamtgesellschaftlichen Mehrwertmasse qua Steuern finanziert werden, sind also ebenfalls stets auf eine gelingende Wertverwertung und damit auf die hinreichende Verausgabung menschlicher Arbeitskraft im Verwertungsprozess angewiesen. Vor diesem Hintergrund könnte man also – ohne dass damit der konstitutive (Funktions-) Zusammenhang von Kapitalverwertung, Arbeit und kapitalistischer Vergesellschaftung bereits in angemessener Ausführlichkeit erörtert wäre – durchaus sagen, dass die ›Funktionsfähigkeit‹ kapitalistischer Gesellschaften maßgeblich davon abhängt, ob es diesen gelingt, ihre Mitglieder hinreichend in Lohnarbeitszusammenhänge zu integrieren.

In den letzten Jahren deuten sich jedoch gerade in diesem gesellschaftskonstitutiven Bereich der Arbeit massive Verwerfungen an. Durch die fortgeschrittene Verwissenschaftlichung und Technisierung der Produktion, insbesondere die seit den 1970er Jahren enorm vorangetriebene Entwicklung der Mikroelektronik (Computer, Informationstechnik, Robotik usw.), scheint das kapitalistische System mittlerweile ein Produktivitätsniveau erreicht zu haben, auf dem der ›Faktor Arbeit‹ für den Produktionsprozess zusehends überflüssig und daher auch seither in immer neuen und immer schneller aufeinander folgenden Rationalisierungs- und Automatisierungswellen mehr und mehr aus selbigem herausgenommen wird. Die Folge daraus ist eine inzwischen auch in den kapitalistischen Zentren immer neue Höchststände erreichende strukturelle, d.h. kaum noch konjunkturabhängige Arbeitslosigkeit, durch die immer größere Teile der erwerbsfähigen Bevölkerung aus der Sphäre der Erwerbsarbeit praktisch dauerhaft ›herausfallen‹. Anders als dies noch in den Hochzeiten des Fordismus, quasi dem »goldenen Zeitalter des Kapitalismus« (Hobsbawm 1995), der Fall war, hat im sogenannten »Postfordismus«, wie das aktuelle ›Produktionsregime‹ eines digitalen, mikroelektronischen Kapitalismus genannt wird (vgl. Hirsch/Roth 1986), die steigende Produktivität nicht zu einer vergleichbaren Zunahme an Arbeitsplätzen durch die Entstehung neuer Geschäftszweige, die Erschließung neuer Märkte usw. geführt. Vielmehr hat die Produktivität ein derart hohes Niveau erreicht, dass die neuen Technologien tendenziell mehr Arbeit überflüssig gemacht haben, als durch dieselben Technologien an neuen Arbeitsplätzen entstanden sind (vgl. ausführlicher Kurz 2009: 622-800).

Das »Verschwinden der Arbeit« (Glaser 1988) lässt sich empirisch besser noch als an den offiziellen Arbeitslosenraten (die in praktisch allen westlichen Industrieländern seit den 1970er Jahren deutlich gestiegen sind)<sup>8</sup> am zahlenmäßigen Verhältnis von registrierten Arbeitslosen und offenen Arbeitsstellen ablesen. Hier hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine bemerkenswerte Kluft aufgetan. In Deutschland beispielsweise, das international aufgrund seiner wirtschaftlichen Stellung

---

<sup>8</sup> Wer könnte sich heute beispielsweise noch vorstellen, dass in Deutschland Ende der 1960er Jahre Katastrophenstimmung herrschte, weil die Arbeitslosenzahl auf 460.000 geklettert war (vgl. Kurtzke 2015: 10)? Von einer derart niedrigen Arbeitslosenzahl wagt heute niemand mehr auch nur annähernd zu träumen. Generell sind amtliche Arbeitslosenstatistiken wenig verlässliche Datenquellen, um einen realistischen Überblick über die tatsächliche Arbeitsmarktsituation zu gewinnen, da diese Statistiken häufig bis an die Grenze zur mutwilligen Täuschung frisiert sind. Deren Aussagekraft hängt bereits wesentlich davon ab, wie Arbeitslosigkeit definiert und operationalisiert wird. So gilt etwa laut *Eurostat*, dem statistischen Amt der Europäischen Union, eine Person im Alter von 15 bis 74 Jahren als erwerbslos, wenn sie in der Berichtswoche der Erhebung ohne Arbeit ist, innerhalb von zwei Wochen eine Arbeit aufnehmen könnte und in den vergangenen vier Wochen aktiv eine Arbeit gesucht hat. Vor allem letzteres ermöglicht es, Arbeitslose aus der Statistik herausfallen zu lassen, etwa indem man sie in Schulungen steckt oder sie als Frührentner deklariert. Auch Arbeitslose, die sich mangels Jobchancen aus dem System zurückziehen, werden hier nicht erfasst (vgl. Ortlieb 2014). Es ist daher davon auszugehen, dass die amtlichen Erwerbslosenquoten die tatsächliche Arbeitslosigkeit massiv unterschätzen.

als ›Exportweltmeister‹ noch von vergleichsweise geringer Arbeitslosigkeit betroffen ist (dafür aber auch von einer schwachen Lohnentwicklung und einer entsprechend schwachen Binnennachfrage), hat sich das Verhältnis von Arbeitslosen und offenen Stellen seit 1980 von ca. 2:1 (d.h. auf eine offene Stelle kamen rechnerisch zwei Arbeitslose) auf etwa 6:1 im Jahr 2014 verschoben (vgl. Kurtzke 2015: 10). Zur Zeit der ›Vollbeschäftigung‹ in den 1960er Jahren war hingegen das Verhältnis von Arbeitslosen und offenen Stellen noch umgekehrt, d.h. damals gab es zahlenmäßig mehr offene Stellen als Arbeitslose (ebd.). Diese Verschiebung im Verhältnis von Arbeitslosen und offenen Stellen bedeutet de facto, dass eine immer größere Zahl von Arbeitslosen heute praktisch keinerlei Chance hat, einen Job zu finden.

Ein weiterer, recht guter Indikator für das sukzessive ›Verschwinden‹ der Arbeit und dessen strukturellen Charakter ist die Entwicklung des sogenannten Arbeitsvolumens. Darunter versteht man die Zahl aller in einem Jahr in einer Volkswirtschaft gearbeiteten Arbeitsstunden. Diese liegt heute (Stand 2014) in Deutschland mit 58 Milliarden Stunden auf dem gleichen Niveau wie im Jahr 2000 und deutlich niedriger als noch 1991 (ebd.: 11). Dem gegenüber steht eine enorme Steigerung der Produktivität: Laut den Daten des Statistischen Bundesamtes hat sich in Deutschland seit 1970 die Produktivität in der Industrie verdreifacht, in der Landwirtschaft sogar versechsfacht (vgl. Ortlieb 2013). Während also die Produktivität stetig zunimmt, geht die im Produktionsprozess zu leistende Arbeit – anders als in den Hochzeiten des Fordismus in den 1950er und 1960er Jahren – mehr und mehr zurück.

Hierbei handelt es sich freilich um kein spezifisch deutsches, sondern um ein Problem von globaler Dimension: Allein zwischen 1995 und 2002 haben die 20 größten Volkswirtschaften der Welt mehr als 31 Millionen Industriearbeitsplätze verloren, während im selben Zeitraum die globale Industrieproduktion um 30 Prozent gewachsen ist (vgl. Konicz 2016: 30). Unmittelbare Folge dieses zunehmenden Auseinanderklaffens von Produktivität und Arbeitsintensität ist ein stetiges Anwachsen der globalen Arbeitslosigkeit. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass aktuell weltweit mehr als eine Milliarde Menschen unterbeschäftigt oder gänzlich erwerbslos sind – Tendenz steigend.

Wenn man neueren Studien zur ›Zukunft der Arbeit‹ Glauben schenkt, stehen uns die größten Rationalisierungs- und Automatisierungsschübe sogar erst noch bevor, ist also in den kommenden Jahren mit einer erheblichen Verschärfung der beschriebenen Tendenzen zu rechnen. Vor allem die heute vieldiskutierte Digitalisierung wird hierbei eine tragende Rolle spielen. So werden etwa in einer erstmals 2013 veröffentlichten Studie von Carl Benedict Frey und Michael A. Osborne von der University of Oxford Rationalisierungs-, d.h. Arbeitseinsparungspotenziale durch den Einsatz neuer digitaler Technologien prognostiziert, durch die in den USA bis 2030 rund 47 Prozent aller Arbeitsplätze wegfallen könnten (Frey/Osborne 2017). Eine Studie von Jeremy Bowles von der London School of Economics geht für die EU sogar von einem Verlust von 54 Prozent der Arbeitsplätze in den kommenden 20 Jahren aus (Bowles 2014). Historisch neu ist dabei auch, dass die prognostizierte digitale Arbeitsplatzrationalisierung nicht mehr primär den ohnehin seit Jahrzehnten schrumpfenden produktiven Sektor (Industrie) betreffen wird, sondern zunehmend auch den bisher vergleichsweise weniger betroffenen Dienstleistungssektor (Logistik, Finanz- und Bankwesen etc.) sowie die Verwaltung. Zwar handelt es sich bei den hier zitierten Studien um die mit Abstand pessimistischsten und fallen zahlreiche andere Prognosen weitaus moderater aus, wenngleich auch diese sich immer noch auf einem Niveau bewegen, das gravierende Konsequenzen für den Ar-



beitsmarkt erwarten lässt (z.B. Bonin et al. 2015). Auch sagen die meisten Prognosen nicht nur Verluste, sondern auch die Entstehung neuer Arbeitsplätze voraus, die aus der Entwicklung und dem Einsatz digitaler Technologien resultieren sollen. Deren Zahl liegt allerdings durchgehend weit unterhalb der mit diesen Technologien assoziierten Arbeitseinsparungen. In einem Bericht des World Economic Forum aus dem Jahr 2016 wird z.B. davon ausgegangen, dass in den 15 führenden Industrieländern innerhalb der nächsten fünf Jahre 7,1 Millionen Jobs verloren gehen werden, während rund zwei Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen könnten (vgl. World Economic Forum 2016). Generell ist wahrscheinlich in der Bewertung solcher Prognosen über die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt eine gewisse Vorsicht angebracht, da oftmals nur schwer abschätzbar ist, ob Digitalisierungsprozesse überhaupt so umfassend und reibungslos umsetzbar sind, wie sie in der Regel angekündigt werden, zumal digitale Technologien im Allgemeinen relativ stör anfällig sind oder schlicht nicht immer halten, was sie versprechen (vgl. Becker 2017).

Auf der anderen Seite ist zu konstatieren, dass selbst die pessimistischsten Prognosen zumeist nur *direkte*, aber keine *indirekten* Effekte der Digitalisierung erfassen. Frey/Osborne gehen in dem Zusammenhang etwa davon aus, dass von den prognostizierten Arbeitseinsparungen durch Digitalisierung am wenigsten Berufsgruppen wie Sozialarbeiter/innen oder Handwerker/innen betroffen sein werden. Mit Blick auf *direkte* Rationalisierungseffekte erscheint diese Prognose in der Tat nicht unrealistisch – nur ist damit natürlich noch lange nicht gesagt, dass diese Berufsgruppen nicht *indirekt* durch die Digitalisierung betroffen sein könnten. Sollten durch die Digitalisierung auch nur annähernd so viele Arbeitsplätze wegfallen, wie Frey/Osborne vorhersagen, so würde dies ja auch einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit bedeuten, wodurch letztlich auch die staatlichen Einnahmen aus Lohnsteuern ebenso rapide zurückgehen würden. Dies hätte sehr wahrscheinlich Sparmaßnahmen zur Folge, die der Staat bekanntlich schon traditionell und mit Vorliebe zuallererst im Sozialbereich vornimmt – was entsprechende Auswirkungen auf die Jobsituation in diesem Bereich hätte. Auch mit Blick auf den Bedarf an Handwerker/innen fragt sich, ob hier nicht ebenfalls von wesentlich stärkeren Auswirkungen auszugehen wäre, denn unter der einbrechenden Kaufkraft einer in großem Maßstab arbeitslos gewordenen Bevölkerung hätte wohl ohne Zweifel auch die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen von Handwerker/innen entsprechend zu leiden. Zumindest von solchen indirekten Effekten wären wohl schließlich auch neuere Formen der ›Wissensarbeit‹ und der ›immateriellen Arbeit‹ nicht ausgenommen, die heute im Allgemeinen als ›Arbeit der Zukunft‹ in einer digitalisierten Welt gehandelt werden (vgl. Hardt/Negri 2003; Möller 2001). Denn auch diese hängen häufig von staatlicher Alimentierung und damit von der Besteuerung anderswo geleisteter Arbeit ab. Dies gilt etwa für weite Teile des Wissenschaftsbetriebs, der entweder staatlich oder durch andere öffentliche oder private Gelder (Drittmittel) finanziert wird. So gesehen – und unter Berücksichtigung sowohl von direkten als auch indirekten Effekten der Digitalisierung – könnten sich also selbst die pessimistischsten Prognosen durchaus noch als zu optimistisch erweisen.

In den Sozialwissenschaften reflektieren sich solche Entwicklungen eines fortschreitenden Arbeitsplatzabbaus durch Automatisierung bereits seit den 1980er Jahren in Diagnosen einer »Krise der Arbeit« bzw. einer »Krise der Arbeitsgesellschaft« (vgl. Matthes 1983; Dahrendorf 1980, 1983; Glaser 1988; Rifkin 1995; Geisen et al. 1998; Castel 2011). An solchen Diagnosen ist soweit zutreffend, dass mit diesen Entwicklungen in der Tat eine gesellschaftliche Krisentendenz verbunden ist. Bereits Hannah Arendt bezeichnete bekanntlich die Aussicht auf eine kapitalistische Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht, als geradezu verhängnisvoll, da dieser damit gleichsam »die

einzigste Tätigkeit« ausgehe, »auf die sie sich noch versteht« (Arendt 2005: 13). Auffällig und problematisch ist allerdings, dass diese Krise dabei nur selten in ihrer vollen Tragweite erfasst und kritisch analysiert wird. So fokussieren etwa zahlreiche Erörterungen der »Krise der Arbeit« auf einen potentiellen Sinnverlust, den das Ende der Arbeit für die Menschen bedeuten könnte, da ihr Leben und ihre Identität bislang hauptsächlich durch Arbeit geprägt gewesen seien, während gesamtgesellschaftliche Konsequenzen bzw. aus der Krise der Arbeit resultierende Krisenpotenziale für das kapitalistische System als solches eher vernachlässigt werden (vgl. Dahrendorf 1980, 1983; Glaser 1988).

Robert Castel wiederum stellt mit seinem Befund einer »Krise der Arbeit« vor allem auf Prozesse fortschreitender Prekarisierung im Zuge einer neoliberalen Deregulierung von Arbeitsverhältnissen ab (vgl. Castel 2011). Auch an diesem Befund ist zutreffend, dass die neoliberale Prekarisierung von Arbeit in der Tat einen wesentlichen Aspekt besagter »Krise der Arbeit« darstellt. Allerdings dürfte es sich dabei nur um ein Symptom derselben handeln, nicht aber um die Krise selbst oder gar deren Ursache. Vieles spricht dafür, dass die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse bereits selbst Folge politischer Maßnahmen zur Bekämpfung der massiv steigenden Arbeitslosigkeit ist, indem gewissermaßen das stetig sinkende Arbeitsvolumen auf eine größere Zahl von Arbeitnehmer/innen verteilt wird (durch die Ausweitung von Teilzeitarbeit, Minijobs, Leiharbeit etc.). Dass dies zumindest ein wesentlicher Effekt solcher Entwicklungen und damit assoziierter politischer Programme (in Deutschland z.B. Hartz IV) ist, wird ja selbst von wissenschaftlichen Befürwortern solcher Maßnahmen mittlerweile offen eingeräumt (vgl. Herzog-Stein/Stein 2013). Die Krise der Arbeit besteht also durchaus nicht (oder jedenfalls nicht primär) in deren fortschreitender Prekarisierung, im Sinne einer neuen, gesteigerten Form kapitalistischer Ausbeutung, sondern vielmehr im sich abzeichnenden Obsoletwerden der Kategorie Arbeit als solcher.<sup>9</sup>

Eine andere, häufig zu beobachtende Tendenz in Wissenschaft wie auch Medien besteht schließlich darin, die Krise der Arbeit überhaupt zu leugnen. Speziell vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren zirkulierenden Prognosen massiver Arbeitsplatzverluste durch Digitalisierung werden entsprechende Studien mit Vorliebe als Panikmache abgetan und wird beschwichtigend z.B. auf die arbeitschaffenden Effekte früherer industrieller Revolutionen (Dampfmaschine, Fließband) hingewiesen. Diese hätten nämlich ebenfalls, so wird behauptet, Arbeit im großen Stil überflüssig gemacht, aber im Endeffekt, durch damit verbundene Prozess- und Produktinnovationen, ungleich mehr neue Arbeitsplätze geschaffen. Hier wird also davon ausgegangen, dass auch der aktuelle, bereits zur vierten industriellen Revolution hochgerechnete Automatisierungsschub (Stichwort »Industrie 4.0«), wie schon alle anderen industriellen Revolutionen zuvor, nicht mit einem Verschwinden der Arbeit einhergehen, sondern auch weiterhin neue Arbeitsmöglichkeiten in großer Zahl hervorbringen wird (vgl. Evangelista et al. 2014; Autor 2015; Bonin et al. 2015; Wolter et al. 2015; Horx 2015; Arnold et al. 2016; Struck 2016; Flecker 2017: 217ff.). Besonders gerne wird dabei auf Formen der »Wissensarbeit« und »immateriellen Arbeit« hingewiesen, die durch Digitalisierung nicht

---

<sup>9</sup> Das Problem einer immer größeren Zahl von Menschen in der Krise der Arbeit besteht daher mittlerweile auch eher darin, dass sie *nicht mehr* oder nur noch *unzureichend* kapitalistisch ausgebeutet werden, was sie jedoch unter kapitalistischen Prämissen jeder Existenzgrundlage beraubt. Anders mag sich dies bei denjenigen darstellen, die einstweilen noch den Luxus einer »normalen« Vollzeitbeschäftigung haben: Hier geht der Trend eher wieder in Richtung Verlängerung der Arbeitszeit sowie zunehmende Verdichtung von Arbeit und somit im Prinzip einer Erhöhung des Ausbeutungsgrades. Mit anderen Worten: Die einen fallen aus der Arbeit heraus, die anderen werden dafür umso intensiver ausgepresst. In diesen Zusammenhang gehören wiederum Phänomene wie das heute allseits bekannte und sich offenbar epidemieartig ausbreitende »Burn-out«.

etwa überflüssig gemacht, sondern vielmehr das Arbeitsleben in einer digitalisierten Arbeitswelt maßgeblich prägen würden. Quasi nach dem Motto ›Weil nicht sein kann, was nicht sein darf‹ wird ein Verschwinden der Arbeit bereits kategorisch – selbst gegen alle mittlerweile auch empirisch gegebene Evidenz – ausgeschlossen.

Der Gesellschaftstheoretiker Robert Kurz weist hingegen bereits seit den 1980er Jahren auf den konstitutiven Zusammenhang von mikroelektronischer Revolution und ›Krise der Arbeit‹ hin. Die Krise der Arbeit ist für ihn dabei sogar gleichbedeutend mit einer Krise der kapitalistischen Produktionsweise insgesamt. In seinem Text *Die Krise des Tauscherts* aus dem Jahre 1986 spricht er in diesem Kontext von einer »absoluten logischen und historischen Schranke« (Kurz 1986: 28), die der Kapitalismus mit dem zunehmenden Überflüssigwerden der Arbeit durch fortschreitende Automatisierung der Produktion erreiche:

*»Sobald das Kapital die Wertschöpfung nicht mehr absolut ausdehnen kann durch Verlängerung des Arbeitstages, sondern nur noch seinen relativen Anteil innerhalb des geschöpften Neuerts mittels Produktivkraftentwicklung zu steigern vermag, findet [...] eine gegenläufige Bewegung statt, die sich historisch selbst verzehren und auf den totalen Stillstand der Wertschöpfung selbst hinarbeiten und hinauslaufen muß. Mit der Produktivkraftentwicklung steigert das Kapital den Grad der Ausbeutung, aber es unterminiert damit Grundlage und Gegenstand der Ausbeutung, die Produktion des Werts als solchen. Denn [...] die Verwissenschaftlichung des stofflichen Produktionsprozesses schließt die Tendenz zur Eliminierung lebendiger unmittelbarer Produktionsarbeit als einziger Quelle der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung ein.« (ebd., Herv. im Orig.)*

Diese relativ abstrakten Formulierungen besagen, vereinfacht ausgedrückt, Folgendes: Der Kapitalismus neigt aufgrund seiner eigenen Verwertungslogik dazu, die Produktivität immer weiter zu erhöhen, was er (bzw. die im Kapitalismus miteinander konkurrierenden Unternehmen) in erster Linie dadurch erreicht, dass menschliche Arbeitskraft sukzessive durch Maschinen ersetzt und so faktisch aus dem Produktionsprozess herausgenommen wird. Damit ist laut Kurz ein erhebliches Krisenpotenzial verbunden, da ja die Arbeit respektive deren Verwertung die Grundlage kapitalistischen Wirtschaftens, gewissermaßen die ›Substanz des Kapitals‹ (Marx), bildet – eben deshalb ist die kapitalistische Gesellschaft ihrem Wesen nach eine Arbeitsgesellschaft. Dies kann solange kompensiert werden, wie durch neue Produktinnovationen, damit verbundene neue Geschäftsfelder usw. ein hinreichendes Maß an (anderswo überflüssig gewordener) Arbeit in den Verwertungsprozess absorbiert wird (ebd.: 31f.). Mit der Mikroelektronik, so Kurz, beginnt nun allerdings die steigende Produktivität und damit die Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen die Reabsorption von Arbeit quantitativ und qualitativ mehr und mehr zu überholen – mit den oben beschriebenen Konsequenzen von fortschreitendem Arbeitsplatzabbau und steigender Arbeitslosigkeit (zu dieser Problematik auch Ortlieb 2009, 2010, 2016).

Gerade in diesem zunehmenden Auseinanderklaffen von Produktivität und Arbeitsintensität erweist sich auch der grundlegende Denkfehler der vorhin erwähnten ›Leugner‹ der Krise der Arbeit, die als Reaktion auf die zahlreichen Prognosen hinsichtlich des bevorstehenden Arbeitsplatzabbaus u.a. auf die arbeitschaffenden Effekte früherer industrieller Revolutionen verweisen. Wovon diese nämlich in ihrer Argumentation völlig abstrahieren, sind die gänzlich verschiedenen Produktivitätsniveaus, auf denen die bisherigen industriellen Revolutionen stattgefunden haben, und die daher nicht so ohne weiteres mit der aktuellen mikroelektronischen bzw. digitalen Revolution verglichen

werden können. Industrielle Revolutionen, so ließe sich mit Kurz dagegen einwenden, wiederholen nicht jedes Mal einfach ein und denselben Prozess der technologischen ›Weiterentwicklung‹, sondern vollziehen sich jedes Mal auf neuer, erhöhter Stufenleiter. Wenn die Produktivität durch fortschreitende Automatisierung ein Niveau erreicht, wie das heute bei der Mikroelektronik der Fall ist, auf dem nicht einmal mehr die Produktion der neuen Trägertechnologien selbst noch besonders arbeitsintensiv ist<sup>10</sup>, dann ist es eben sehr wohl nicht nur möglich, sondern sogar logisch, dass die Automatisierung einen Grad erreichen kann, auf dem Arbeit massenhaft überflüssig wird, ohne dass neue Arbeitsplätze in vergleichbarer Zahl hinzukommen.

Kurz greift in seinen durchaus kontroversen Thesen (kritisch dazu z.B. Heinrich 2005)<sup>11</sup> insbesondere auf Überlegungen von Karl Marx zurück, der diese immanent kapitalistische Krisendynamik bereits im 19. Jahrhundert (wohlgemerkt zu einer Zeit, als der Kapitalismus seinen größten (fordistischen) Akkumulationsschub erst noch vor sich hatte) vorhergesehen und als »prozessierenden Widerspruch« des Kapitalismus bezeichnet hat:

*»In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder [...] in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion. [...] Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch (dadurch), daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren sucht, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt.« (Marx 1983: 600, 601f.)*

Damit, so Marx, müsse auf lange Sicht »die auf dem Tauschwert ruhnde Produktion zusammen[brechen]« (ebd.: 601).

Im Klartext heißt das: Indem der Kapitalismus kraft seiner eigenen Produktivitätslogik Arbeit zusehends überflüssig macht, untergräbt er seine eigenen Existenzgrundlagen. Kapitalismus ohne Arbeit ist ein Widerspruch in sich, eine menschenleere Fabrik ein logisches Unding, weil in ihr keine Arbeit mehr verwertet, damit aber auch keine Wertschöpfung mehr stattfinden würde – und dennoch ist es seine eigene Verwertungsdynamik, die den Kapitalismus auf diesen eigentlich unhaltbaren Zustand zusteuern lässt. Die Unhaltbarkeit dieses Zustandes sollte schon allein daran ersichtlich werden, dass eine Gesellschaft von Arbeitslosen unmöglich noch in dem (stetig steigenden) Ausmaß Waren konsumieren (sprich: kaufen) kann, wie dies angesichts der immanenten Wachs-

---

10 Mittlerweile träumen ja Unternehmen – allen voran die Produzenten digitaler Technologien – bereits davon, in absehbarer Zeit ganze Fabriken vollständig automatisieren zu können, also weitgehend ohne menschliche Arbeitskraft auszukommen. So hat etwa der Technikkonzern Foxconn – einer der weltweit größten Produzenten elektronischer Produkte – Ende 2016 als Firmenziel eine Automationsquote von 30 Prozent bis zum Jahr 2020 ausgegeben (Artikel auf Spiegel Online vom 31.12.2016, <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/foxconn-iphonebauer-will-produktion-vollstaendig-automatisieren-a-1128132.html>).

<sup>11</sup> Heinrichs Kritik vermag jedoch die These von Kurz nicht zu treffen. Heinrich argumentiert, dass eine Steigerung der Produktivität stets zu einer entsprechenden Steigerung der Mehrwertmasse führen müsse. Damit entgeht ihm gerade die Quintessenz von Kurz' Argumentation: nämlich das Umschlagen einer Tendenz steigender Wertschöpfung durch sukzessive Erhöhung der Produktivität in ein tendenzielles Schrumpfen der gesamtgesellschaftlichen Mehrwertmasse in dem historischen Moment, von dem an die steigende Produktivität mehr Arbeit überflüssig macht, als durch neue Prozess- und Produktinnovationen in den Produktionsprozess absorbiert wird.

tums- und Produktivitätszwänge kapitalistischer Ökonomien für eine längerfristige Reproduktion und Fortsetzung derselben notwendig wäre – jedenfalls nicht, solange dieser Konsum eine entsprechende Kaufkraft voraussetzt, die für die absolute Mehrheit der Weltbevölkerung nur aus einem Erwerbseinkommen stammen kann. Hier hilft wohl auch keine ›Maschinensteuer‹ oder ›Automatisierungsdividende‹, wie sie in letzter Zeit, angesichts der drohenden Verwerfungen durch fortschreitende Digitalisierung, gelegentlich angedacht werden (z.B. Gundlach et al. 2016) – so hoch kann eine Maschinensteuer wahrscheinlich gar nicht veranschlagt werden, wie erforderlich wäre, um den durch Massenarbeitslosigkeit verursachten Verlust von kaufkräftiger Nachfrage sozialstaatlich zu kompensieren (dass eine Steuer von solchem Umfang jede Wirtschaft unmittelbar abwürgen würde, steht dabei wieder auf einem ganz anderen Blatt). Ähnliches gilt für ein bedingungsloses Grundeinkommen, wie es ebenfalls als potentielle Maßnahme zur Bewältigung der Krise der Arbeit und ihrer Folgen gehandelt wird (vgl. Franzmann 2010): Wovon sollte dieses finanziert werden, wenn dem (zumeist ohnehin bereits hoffnungslos verschuldeten) Staat durch das Wegbrechen von Lohn- und damit in weiterer Folge Konsumsteuern ein großer Teil seiner finanziellen Grundlagen verlorengeht?

Genauso wenig wird die Lösung des Problems darin bestehen können, wie in den letzten Jahren ebenfalls häufiger vorgeschlagen wird (z.B. Sennett 2014), die stetig schwindende Arbeit gesellschaftlich umzuverteilen und so die Effekte der Krise der Arbeit, allen voran Massenarbeitslosigkeit, zu mildern oder überhaupt zu verhindern. Denn eben genau das ist ja das Problem: Wenn die Arbeit in dem Maße wegrationalisiert wird, wie es die zitierten Studien zur ›Zukunft der Arbeit‹ prognostizieren, gibt es im Grunde nichts mehr umzuverteilen. Eine Umverteilung der Arbeit könnte in dieser Situation nur noch darin bestehen, die Arbeitszeit mittelfristig kollektiv und radikal auf ein Niveau abzusenken, auf dem wohl niemand mehr von seiner Arbeit leben kann, weshalb dies auch nichts an den mit der Krise der Arbeit assoziierten sozialen Verwerfungen ändern würde. Schon die heute allseits beklagte neoliberale Prekarisierung von Arbeit lässt sich, wie bereits erwähnt, im Prinzip als Konsequenz einer politischen Umverteilung von Arbeit verstehen, durch die die sukzessive schwindende Arbeit auf eine größere Zahl von Arbeitnehmer/innen verteilt wird (Teilzeitarbeit, Minijobs, Leiharbeit usw.). Nicht zuletzt aus diesem Grund dürfte es auch am wahrscheinlichsten sein, dass es mit Fortgang der Krise der Arbeit bei jener Entwicklungstendenz bleibt, die sich ohnehin bereits seit Jahren abzeichnet: nämlich Arbeitslosigkeit und Prekarisierung für einen immer größeren Teil der Bevölkerung, hingegen tendenzielle Verlängerung der Arbeitszeit und zunehmende Arbeitsverdichtung und Leistungshetze für die noch voll im Erwerbsprozess Befindlichen.<sup>12</sup>

Gerade die in diesen Überlegungen sichtbar werdende Schwierigkeit (oder vielmehr Unmöglichkeit), die Krise der Arbeit systemimmanent zu bewältigen, spricht dafür, dass wir es durchaus mit einer Krise der kapitalistischen Gesellschaftsform als solcher zu tun haben könnten. Mit der Arbeit erodiert der modernen, kapitalistischen Gesellschaft gleichsam eine ihrer wesentlichsten Grundlagen, auf der sie und ihre Institutionen, insbesondere der Wohlfahrtsstaat, errichtet sind. Nicht von ungefähr besteht eine der primären Reaktionen der Politik auf diese Krisentendenz in der sukzessiven Demontage sozialstaatlicher Strukturen, wie sie in praktisch allen westlichen Staaten (in unterschiedlicher Geschwindigkeit und unterschiedlicher Intensität) seit Jahren beobachtet werden kann

---

<sup>12</sup> In Österreich wurde im Jahr 2018 wieder der 12-Stunden-Arbeitstag eingeführt – dies nur als ein empirisch gestützter Hinweis, in welche Richtung die politische Verwaltung der ›Krise der Arbeit‹ tendenziell geht.

(Hartz IV usw.). Systemimmanent kann die Krise der Arbeit offenbar nicht mehr gelöst, sondern nur noch, im Sinne eines permanenten Krisenmanagements, verwaltet werden.

Wesentlich im Kontext des vorliegenden Beitrags ist dabei, dass die Krise der Arbeit nicht auf Dysfunktionalitäten oder Fehlern im System beruht, sondern – wie gezeigt werden sollte – aus dem Inneren des Systems selbst kommt. Es ist die Funktionslogik des Kapitalismus höchstselbst – d.h. permanente Kapitalverwertung durch immer produktivere Vernutzung von Arbeitskraft –, die den Kapitalismus mit der Zeit in seine eigene Krise treibt, da dieselbe Verwertungs- und Produktivitätslogik die Eliminierung von Arbeit als einziger Quelle kapitalistischer Wertschöpfung miteinschließt. Marx nannte dies einen »prozessierenden Widerspruch«, was im Prinzip nur ein anderer Begriff bzw. eine nähere Bestimmung dessen ist, was in diesem Text auf den Begriff einer »dysfunktionalen Funktionalität« kapitalistischer Gesellschaften gebracht werden soll. Mit dem Reifwerden des von Marx schon vor 150 Jahren diagnostizierten »prozessierenden Widerspruchs«, wie es heute in der Krise der Arbeit Gestalt annimmt, scheint ein Punkt erreicht, an dem die »dysfunktionale Funktionalität« des Kapitalismus seine eigene Funktionsstruktur durch *seine eigene Funktionsstruktur* zunehmend funktionsunfähig werden lässt.<sup>13</sup>

## **Ökologische Zerstörung als Folge eines gesellschaftlichen Widerspruchs von Stoff und Form**

Die ökologische Problematik als zweites Beispiel für einen (wie die Krise der Arbeit den gesellschaftlichen Funktionszusammenhang als solchen zunehmend bedrohenden) Effekt einer »dysfunktionalen Funktionalität« kapitalistischer Gesellschaften, kann aus Platzgründen eigentlich nur noch angedeutet bzw. nur in sehr groben Pinselstrichen skizziert werden. Ein Sachverhalt, der an dieser Stelle einer möglichst knappen Darstellung des Zusammenhangs von Kapitalismus und ökologischer (Selbst-)Zerstörung sehr entgegenkommt, ist freilich, dass die »dysfunktionale Funktionalität«, die hierfür verantwortlich gemacht werden kann, genau dieselbe ist, die die oben besprochene Krise der Arbeit verursacht, nämlich die für kapitalistische Gesellschaften charakteristische Verwertungs- und Produktivitätsdynamik.

Der Zusammenhang von Kapitalismus und ökologischer Zerstörung – hier in letzter Zeit besonders prominent der sich abzeichnende Klimawandel (z.B. Klein 2015) – ist dermaßen evident, dass er mittlerweile nur noch von einigen marktradikalen Hardlinern im Stile eines Donald Trump ernsthaft in Zweifel gezogen wird. Umso erklärungsbedürftiger ist, weshalb praktisch alle (von welchen ge-

---

<sup>13</sup> Die Krise der Arbeit fällt im Übrigen – ganz im Sinne der hier behaupteten »dysfunktionalen Funktionalität« – zusammen bzw. geht einher mit einer Reihe anderer aktueller gesellschaftlicher Krisentendenzen, deren Zusammenwirken ich bereits an anderer Stelle diskutiert habe: So hat die Krise der Arbeit auch gravierende Auswirkungen auf gesellschaftspolitische Strategien hinsichtlich der Bewältigung des demographischen Wandels, der ja vor allem durch einen längeren Verbleib im Erwerbsleben (späterer Pensionsantritt) gelöst werden soll, um so die zunehmend in Frage stehende Finanzierung von Sozial- und Pensionssystemen nachhaltig zu gewährleisten – eine Strategie, die freilich in dem Maße illusorisch wird, wie durch fortschreitende Automatisierung und Digitalisierung Arbeitsplätze in immer größerer Zahl vernichtet werden (vgl. Stückler 2017a). Auch lässt sich ein Zusammenhang herstellen zwischen der Krise der Arbeit und zunehmenden punitiven Tendenzen im Strafrecht, insofern diese als Konsequenzen einer (zunehmend repressiven) politischen Verwaltung der mit der Krise der Arbeit verbundenen sozialen Verwerfungen (Massenarbeitslosigkeit, Prekarisierung, Armut etc.) verstanden werden können (vgl. Stückler 2017b).

sellschaftlichen Akteuren auch immer) ins Auge gefassten Gegenstrategien und Maßnahmen gegen die weiter zunehmenden ökologischen Destruktionspotenziale (seien es Konzepte wie ›Nachhaltigkeit‹ oder ›biologische Landwirtschaft‹, seien es ›erneuerbare Energien‹, internationale Klimaschutzabkommen usw.) die kapitalistische Gesellschafts- und Lebensform im Wesentlichen unangestastet lassen und im Prinzip darauf hinauslaufen, Umwelt und Klima retten zu wollen, ohne die eigentliche Ursache ihrer Zerstörung – eben die kapitalistische Produktionsweise als solche – kritisch zur Disposition zu stellen. Dies gilt für die aktuelle »Fridays for Future«-Bewegung ebenso (vgl. kritisch Stapelfeldt 2019) wie für die in den letzten Jahren aufgekommenen, sich radikal kapitalismuskritisch gerierenden »Postwachstums«-Konzepte (Paech 2009, 2012; Seidl/Zahrnt 2010), die im Grunde auf die Illusion einer weiterhin geldvermittelten, auf Lohnarbeit beruhenden (ergo kapitalistischen) Gesellschaft ohne Wachstum hinauslaufen. Ein Kapitalismus ohne Wachstum kommt aber der berühmten Quadratur des Kreises gleich, denn der Wachstumsdrang entspringt nun einmal seiner eigenen Funktionsstruktur bzw. seiner Kapitalverwertungslogik und ist damit ein notwendiger Bestandteil derselben.<sup>14</sup>

Warum permanentes Wachstum – insbesondere in Form steigender Produktivität – untrennbar zum Wesen des Kapitalismus gehört, wurde im Abschnitt über die ›Krise der Arbeit‹ bereits angesprochen: Kapitalismus ist eine Gesellschaftsform, die sich auf dem Wege der ständigen geldförmigen Verwertung menschlicher Arbeitskraft reproduziert. Der Sinn und Zweck dieser Verwertung von Arbeit besteht einzig und allein in der Vermehrung von Geld – am Ende eines jeden Produktionsprozesses muss als Kapital investiertes Geld einen Profit abwerfen, andernfalls wird die Produktion eingestellt oder gar nicht erst aufgenommen. Claus Peter Ortlieb spricht in diesem Zusammenhang – ebenfalls unter Rekurs auf Marx – von einem »Widerspruch von Stoff und Form« (Ortlieb 2009): Laut Marx ist der Kapitalismus (im Gegensatz zu allen früheren Gesellschaftsformen) charakterisiert durch zwei analytisch zu differenzierende, zueinander in einem widersprüchlichen Verhältnis stehende Formen gesellschaftlichen ›Reichtums‹. Im Kapitalismus zählt allein der *abstrakte Reichtum*, d.h. der durch die Produktion und den Verkauf von Waren erzielte Mehrwert. Davon zu unterscheiden ist der *wirkliche* bzw. *stoffliche Reichtum*, den die jeweils hergestellten Produkte als Gebrauchsgegenstände repräsentieren (ebd.: 27ff.). An diesen stofflichen Reichtum bzw. dessen Herstellung ist der abstrakte Reichtum des Kapitalismus zwar unmittelbar gebunden – immerhin müssen konkrete Produkte produziert und verkauft werden –, allerdings ist dieser gegenüber der Produktion von abstraktem, geldförmigem Reichtum im besten Fall sekundär, weshalb folgerichtig auch jede »wirtschaftliche Tätigkeit, die keinen Mehrwert verspricht, unterbleibt, auch wenn sie noch so viel stofflichen Reichtum hervorbringen würde« (ebd.: 28). Auf diese Weise wird letztlich auch der ganz alltägliche, nur allzu gut bekannte kapitalistische Irrsinn möglich, dass Hunger und Elend in der Welt eher im Zunehmen als im Abnehmen begriffen sind, obwohl die produktiven Kapazitäten des kapitalistischen Systems mittlerweile so enorm sind, dass gut die Hälfte aller produzierten Lebensmittel keinen Käufer finden bzw. im Müll landen. Laut der Welternährungsorganisation (FAO) könnte die globale Lebensmittelproduktion bereits heute rund 12 Milliarden Menschen

---

<sup>14</sup> Der Widerwille (oder das Unvermögen), destruktive Potenziale kapitalistischer Wachstumszwänge zum Anlass zu nehmen, die kapitalistische Gesellschafts- und Lebensform als solche kritisch zur Disposition zu stellen, ist dabei übrigens kein neues Phänomen aktueller Postwachstums-Ideologien. So hat etwa bereits vor fast vierzig Jahren Karl Georg Zinn die »Selbstzerstörung der Wachstumsgesellschaft« diagnostiziert, nur um – wie er schon im Untertitel seines Buches (»Politisches Handeln im ökonomischen System«) deutlich machte – eine systemimmanente Lösung des Problems in Aussicht zu stellen, die es angesichts seiner systemischen Ursachen im Grunde gar nicht geben kann (vgl. Zinn 1980).

ernähren. Stattdessen haben wieder ›Überbevölkerungs‹-Diskurse Hochkonjunktur, die als Ursache für die grassierenden Hungersnöte eine die Nahrungsmittelproduktion übersteigende Bevölkerungsentwicklung postulieren (vgl. Konicz 2016: 146ff.). Solche grob verzerrten und an der gesellschaftlichen Realität vorbeigehenden Auffassungen kommen vor allem dadurch zustande, dass das kapitalistische Alltagsbewusstsein (ebenso wie die meisten ökonomischen Theorien) dazu neigt, die beiden von Marx differenzierten Reichtumsformen miteinander zu vermengen bzw. zu verwechseln: Steigende Produktivität erscheint in der gesellschaftlichen Wahrnehmung per se als gut, weil dadurch für die Menschen entsprechend mehr Gebrauchswerte, insbesondere in Form von Lebensmitteln, geschaffen werden können, was wiederum hilft, den vielen Hunger in der Welt zu bekämpfen. Systematisch übersehen wird dabei, dass die hinreichende Versorgung von Menschen mit Lebensmitteln längst nicht mehr an mangelnder Produktivität scheitert, also durchaus kein Problem des *stofflichen Outputs* ist, sondern vielmehr einen unzureichenden Zugang vieler Menschen zu *abstraktem Reichtum*, in Form von Geld bzw. Kaufkraft, zur Ursache hat. Aus genau demselben Grund führt die steigende Produktivität im Kapitalismus auch nicht – was zweckmäßig wäre – zu einer entsprechenden Reduzierung der Arbeitstätigkeit, sondern erhöht, im Gegenteil, nur umso mehr den Druck, irgendwelche (in stofflicher Hinsicht noch so unsinnige oder sogar offen destruktive) neue Arbeitsplätze zu schaffen, weil ansonsten Massenarbeitslosigkeit den Menschen ihre Existenzgrundlage entzieht (und damit der Wirtschaft auch ihre Konsument/innen).<sup>15</sup> Was in jeder anderen Gesellschaftsform die Grundlage für ein ›gutes Leben für alle‹ bilden würde, nämlich hohe Produktivität in der Herstellung von Lebensmitteln, führt im Kapitalismus tendenziell zu Arbeitslosigkeit und in weiterer Folge zu Hunger und Elend.

Unter ökologischen Gesichtspunkten ist nun besagter Widerspruch von Stoff und Form zumindest in zweierlei Hinsicht bedeutsam: Die Fokussierung jeglicher gesellschaftlichen Produktion auf die Generierung von Mehrwert (in Gestalt einer ständigen Vermehrung von Geld) macht kapitalistische Produktion per se gleichgültig gegenüber der stofflichen Seite des Verwertungsprozesses. Zwar ist die Produktion abstrakten Reichtums (Mehrwert) stets auf die Herstellung von stofflichem Reichtum angewiesen – dies sogar umso mehr, je produktiver das System wird. Der Erhalt von stofflichem Reichtum aber, »der frei zur Verfügung steht und deshalb in die produzierte Wert- und Mehrwertmasse nicht eingeht [...]«, so fasst es Ortlieb treffend zusammen, »ist im Vergleich zur Notwendigkeit der Kapitalakkumulation bestenfalls nachrangig, oder anders gesagt: Dient die Zerstörung stofflichen Reichtums der Wertverwertung, so wird er zerstört« (Ortlieb 2009: 48f.). Evident wird dies jeden Tag an der geradezu systematischen Vernichtung natürlicher Ressourcen, den verheerenden Effekten industrieller Landwirtschaft auf Böden und Biodiversität, der zunehmenden Verschmutzung von Luft und Wasser bis hin zur Beeinträchtigung des Weltklimas durch die stetig ansteigende Emission von Treibhausgasen durch Industrie, Autoverkehr etc. – alles im Dienste oder jedenfalls als unmittelbare Folge einer kapitalistischen Produktionsweise, die nicht die Produktion von *stofflichem*, sondern die Produktion von *abstraktem Reichtum*, in Form von ›Mehrwert‹ bzw. ›Profit‹, zum primären Zweck allen Wirtschaftens erklärt. Es gehört so gesehen also unmittelbar zur ›dysfunktionalen Funktionalität‹ kapitalistischer Gesellschaften, dass die Zerstörung stofflichen

---

<sup>15</sup> Der Namenspatron des Keynesianismus, John Maynard Keynes, hat einmal den Vorschlag gemacht, der Staat könnte zwecks Arbeitsbeschaffung private Unternehmen damit beauftragen, Löcher in den Erdboden zu graben und anschließend wieder zuzuschütten. Er soll dies ironisch gemeint haben, aber im Grunde hat Keynes damit in kaum zu überbietender Deutlichkeit die zutiefst irrationale Logik des kapitalistischen Wahnsystems ausgesprochen: Arbeit schaffen – egal welche, egal wie und egal wozu. Bis heute (und heute, in der Krise der Arbeit, sogar mehr denn je) ist dies das oberste Credo der Politik quer durch das gesamte parteipolitische Spektrum.



Reichtums (und dieser umfasst insbesondere alle ökologischen Lebensgrundlagen) nicht nur einen unintendierten Nebeneffekt kapitalistischer Mehrwertproduktion darstellt, sondern vielmehr – und ganz im Gegenteil – der Mehrwertproduktion dient, ja sogar profitträchtig sein kann, und eben nur darauf kommt es unter kapitalistischen Gesichtspunkten an.<sup>16</sup>

Der zweite Punkt ist, dass die Wachstums- und Produktivitätszwänge kapitalistischer Mehrwertproduktion schon mit Notwendigkeit jede ›Nachhaltigkeit‹ wirtschaftlichen Handelns systematisch unterminieren, da Wachstum und ständig steigende Produktivität gar nicht anders erzielt werden können, als immer noch mehr Produkte abzusetzen, also immer noch höheren stofflichen Output zu produzieren, was unmittelbar impliziert, dass dementsprechend auch immer noch mehr Ressourcen verbraucht werden müssen, mit allen damit zusammenhängenden ökologisch destruktiven Begleiterscheinungen (steigender Energieverbrauch, Ressourcenverknappung, wachsende Schadstoffemissionen etc.). Diesen systemischen Zusammenhang von kapitalistischer Mehrwertproduktion und fortschreitender ökologischer Zerstörung betont auch der kanadische Gesellschaftstheoretiker Moishe Postone:

*»Überlegungen bezüglich möglicher Grenzen oder Schranken der Kapitalakkumulation einmal beiseite gelassen, besteht eine der Konsequenzen, die durch diese besondere Dynamik impliziert wird – die größere Zuwächse an stofflichem Reichtum als an Mehrwert erzielt –, darin, die Umwelt beschleunigt zu zerstören. Marx zufolge ist es ein Ergebnis der Beziehung zwischen Produktivität, stofflichem Reichtum und Mehrwert, daß die andauernde Expansion des letzteren zunehmend schädliche Konsequenzen für die Natur wie für die Menschen hat.« (Postone 2003: 469)*

Alle systemimmanenten Versuche, diesen destruktiven Potenzialen der kapitalistischen Produktionsweise zu begegnen bzw. entgegenzuwirken, sind im Prinzip schon von vornherein zum Scheitern verurteilt, da sie sich zwangsläufig darin erschöpfen müssen, diese destruktiven Potenziale im allerbesten Fall zu kompensieren oder ihre Effekte zeitweilig zu mildern bzw. zeitlich hinauszuschieben. Ein symptomatisches Beispiel dafür sind sogenannte ›End-of-Pipe-Technologien‹ wie z.B. Partikelfilter, die industrielle Schadstoffemissionen verringern sollen. Als Technologien, die lediglich dem Produktionsprozess nachgeschaltet sind, d.h. den Produktionsprozess als solchen, mit all seinen permanent steigenden Wachstums- und Produktivitätszwängen, gerade unangetastet lassen, sind diese schon per se ungeeignet, irgendein Emissionsproblem nachhaltig zu lösen. Allfällige Reduktionen von Schadstoffemissionen durch Partikelfilter werden bei weiter steigender Produktivität und einem entsprechend steigenden Produktausstoß durch einen entsprechenden Anstieg industrieller Emissionen zwangsläufig aufgewogen und mit der Zeit wieder ein- bzw. überholt (vgl. Cunha 2016: 32ff.).

Dies gilt im Prinzip analog für ›erneuerbare Energien‹ (Solarenergie, Windkraft etc.). Auch durch erneuerbare Energien wird die Energiegewinnung niemals ›nachhaltig‹ sein können, wenn damit ein immer schneller steigender Energiebedarf gedeckt werden muss – noch dazu, wenn, wie geplant, in absehbarer Zeit auch der gesamte Autoverkehr auf Elektroantrieb umgestellt werden soll. Die ganz und gar nicht ›nachhaltigen‹ Produktionsbedingungen entsprechender Technologien (z.B.

---

<sup>16</sup> Eine besonders absurde Form der Zerstörung stofflichen Reichtums zum Zweck der Erzeugung abstrakten, kapitalistischen Geldreichtums konnte in jüngerer Vergangenheit etwa am politisch subventionierten Abwracken von Autos beobachtet werden (vgl. Hüller 2015: 19f.).

Akkus für Elektroautos) wie auch die enormen Investitionskosten, die eine gesamtgesellschaftliche Umstellung auf erneuerbare Energien erfordern würde (Infrastruktur etc.) und die schon deshalb klimaschädliche fossile Energieträger wie Erdöl, Kohle usw. in der kurzfristigen, auf Profit fokussierten kapitalistischen Kostenrechnung stets lukrativer erscheinen lassen, sind dabei in der Betrachtung noch gar nicht berücksichtigt.

Nicht viel anderes gilt für internationale Klimavereinbarungen wie zuletzt das Pariser Abkommen, das mit seinem Ziel, die Klimaerwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, von Politik und Öffentlichkeit als großer Wurf in der globalen Klimapolitik gefeiert wurde – und das, obwohl das Zwei-Grad-Ziel, wenn man den Ergebnissen neuerer Klimaforschungen Glauben schenkt, nicht annähernd so ambitioniert ist, wie es von allen Seiten kommuniziert wird (vgl. Hansen et al. 2016). Die eigentliche Crux ist aber, dass selbst dieses schon sachlich unzureichende Ziel ohne eine grundsätzliche Veränderung in der Produktionsweise kaum zu realisieren sein wird, da unter den Bedingungen ökonomischen Wachstumszwangs das Pendel stets zugunsten des ›ökonomisch Machbaren‹ und gegen das ›ökologisch Notwendige‹ ausschlagen muss und wird (vgl. Ortlieb 2009: 51). Dies könnte besser nicht demonstriert werden als durch den im Jahr 2017 verkündeten Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen, der ganz lapidar damit begründet wurde, sich in der Weltmarktkonkurrenz nicht wirtschaftlich fesseln lassen zu wollen. So einfach ist das – und in der ›irrationalen Rationalität‹ der kapitalistischen Binnensicht haben die USA damit sogar Recht: Wenn es um den ›Wirtschaftsstandort‹ und die ›Wettbewerbsfähigkeit‹ geht, muss dem alles untergeordnet werden, auch wenn das mittelfristig bedeutet, den Planeten für Menschen unbewohnbar zu machen.

Auch hier ist es also die kapitalistische Funktionslogik selbst, die durch die beharrliche Zerstörung ihrer eigenen ökologischen Lebensgrundlagen auf die absehbare Funktionsunfähigkeit des gesellschaftlichen Zusammenhangs insgesamt hinarbeitet. Es ist die im Kern ›dysfunktionale Funktionalität‹ einer gesellschaftlichen Funktionsstruktur, die in sich so widersprüchlich und destruktiv ist, dass ihr immer effizienteres ›Funktionieren‹ in zunehmendem Maße soziale, ökonomische und ökologische Schäden anrichtet, so lange bis sie durch dieses, ihr eigenes ›Funktionieren‹ aus sich selbst heraus funktionsunfähig gemacht wird. Bei der Krise der Arbeit ist es das durch stetig steigende Produktivität herbeigeführte ›Überflüssigwerden‹ von Arbeit für den Verwertungsprozess, das am Ende (wenn sich Marx' Prognose als zutreffend erweisen sollte) diesen selbst zum Erliegen bringen wird, da jede Kapitalverwertung auf der Verwertung von Arbeit beruht.<sup>17</sup> Dieselbe ›dysfunktional-funktionale‹ Produktivitätsdynamik liegt der ökologischen Problematik zugrunde, da der kapitalistische Zwang zu permanentem Wachstum und damit stetig steigender Produktivität mit Notwendigkeit die fortschreitende Zerstörung natürlicher Ressourcen zur Folge hat. Es wird an dieser Stelle auch nochmals deutlich, weshalb die beiden gewählten Beispiele sich besonders gut zur Plausibilisierung der ›dysfunktionalen Funktionalität‹ kapitalistischer Gesellschaften eignen: Beide zeigen gewissermaßen Kulminationspunkte an, an denen die dysfunktionale Funktionalität qualita-

---

<sup>17</sup> So wird wahrscheinlich auch die seit Jahrzehnten zunehmende Neigung des Kapitals erklärlich, sich nur noch virtuell und spekulativ auf den globalen Finanzmärkten zu verwerten. Bei ständig sinkender Arbeitsintensität (und parallel dazu steigender Kapitalintensität) durch Automatisierung der Produktion wird reale, industrielle Produktion zusehends weniger rentabel (Marx nannte dies ›tendenziellen Fall der Profitrate‹). Die Finanzmarktexzesse der letzten Jahre wären insofern selbst als Krisenphänomen zu deuten (vgl. Kurz 2005; ebenso Konicz 2016; Hüller 2015).

tiv in die absehbar werdende Funktionsunfähigkeit des gesamtgesellschaftlichen Funktionszusammenhangs umschlägt.

Vor dem Hintergrund des von Ortlieb so bezeichneten ›Widerspruchs von Stoff und Form‹ können Krise der Arbeit und ökologische Problematik dabei auch jeweils einer der beiden Seiten jenes Widerspruchs zugeordnet werden: Das Ökologieproblem repräsentiert gewissermaßen die stoffliche Seite des zunehmend reif werdenden »prozessierenden Widerspruchs« (Marx), da der permanente Wachstums- und Produktivitätszwang einen stetig steigenden stofflichen Output voraussetzt, der Kapitalismus also im wahrsten Sinne des Wortes dazu gezwungen ist, den ganzen Planeten in immer höherem Ausmaß mit Waren zuzuschütten, was wiederum die proportional dazu ansteigende Verbrennung natürlicher Ressourcen und in weiterer Folge die immer umfassendere und effizientere Zerstörung seiner ökologischen Grundlagen mit sich bringt. Die Krise der Arbeit stellt hingegen die abstrakte, wertförmige Seite desselben Prozesses dar, wobei die immer höhere, ökologisch destruktive Produktivität durch die fortschreitende Eliminierung von Arbeit auch die Grundlagen jeder Mehrwertproduktion (und damit der kapitalistischen Produktionsweise als solcher) mehr und mehr untergräbt. Offen bleibt hier eigentlich nur die Frage, welche der beiden Tendenzen die endgültige ›Funktionsunfähigkeit‹ des kapitalistischen Funktionszusammenhangs zuerst herbeiführen wird – der Zusammenbruch der kapitalistischen Verwertungs- und Reproduktionsdynamik oder der Kollaps des Ökosystems Erde? Oder – was alles andere als unwahrscheinlich ist – sogar beides zugleich?

Überwunden könnte dieser zunehmend dysfunktional werdende funktionale Zusammenhang des Kapitalismus nur werden – und damit kommen wir an den Ausgangspunkt des Beitrags zurück –, wenn die Menschen damit begännen, tatsächlich zu tun, was Handlungstheorien ihnen bis heute bloß kontrafaktisch unterstellen: nämlich durch soziales Handeln gemeinsam einen gesellschaftlichen Zusammenhang hervorzubringen, der nicht mehr beherrscht wird von (durch die Menschen selbst erzeugten und durch ihr alltägliches Handeln reproduzierten) Strukturzwängen wie Kapitalverwertung, Wachstum, Geld, (Lohn-)Arbeit etc., sondern in dem die gesellschaftliche Reproduktion Gegenstand bewusster Entscheidungsprozesse ist und vor allem jede Produktionstätigkeit sich primär an menschlichen Bedürfnissen orientiert und nicht mehr am gegenüber Mensch und Natur vollends gleichgültigen und daher in letzter Instanz stets destruktiven Kriterium ökonomischer Profitabilität.<sup>18</sup> Bis es soweit ist (und vielleicht auch: damit es so weit kommen kann), bedarf es einer kritischen Theoriebildung, die die ›dysfunktionale Funktionalität‹ kapitalistischer Gesellschaften hinreichend auf den Begriff zu bringen und kritisch zu analysieren vermag. Und dazu braucht es wiederum einen sozialwissenschaftlichen Funktionsbegriff, der der gesellschaftlich gesetzten Dialektik sowohl von ›Funktion‹ als auch von Handeln und Struktur Rechnung trägt. Das vermag aber nur eine kritische Gesellschaftstheorie jenseits von Handlungs- und Struktur- bzw. Systemtheorie.

---

<sup>18</sup> Mit Knut Hüller lässt sich vielleicht zumindest die ungefähre Richtung solcher Entscheidungsprozesse – in ihrer Differenz zu heutigen, kapitalistisch geprägten ›politischen‹ Entscheidungsfindungen – angeben: »Beim heutigen Stand der Produktivkräfte sind ganz andere Fragen zu stellen. Z.B.: ›Wollen (brauchen) wir das?‹ Danach: ›Haben wir die materiellen Mittel dazu?‹ Und ergänzend: ›Sind deren Nebenwirkungen vertretbar?‹ Sobald die kapitalistischen Beschränkungen wegfallen, eröffnen sich riesige Freiheiten, die der Kapitalismus gar nicht ausschöpfen kann. Es entfielen insbes. alle rein ›kapitalistischen‹ Hemmnisse, die Menschen von sinnvoller Tätigkeit im gemeinsamen Interesse abhalten, nur weil dabei kein ›Profit‹ genannter Vorteil für ein *bestimmtes Subjekt* entsteht« (Hüller 2015: 375, Herv. im Orig.).

## Literatur

Adorno, Theodor W. (2003a): Gesellschaft, in: ders.: Gesammelte Schriften 8, Frankfurt a.M., S. 9-19.

Adorno, Theodor W. (2003b): Freizeit, in: ders.: Gesammelte Schriften 10.2, Frankfurt a.M., S. 645-655.

Arendt, Hannah (2005): Vita activa oder Vom tätigen Leben, München.

Arnold, Daniel/Arntz, Melanie/Gregory, Terry/Steffes, Susanne/Zierahn, Ulrich (2016): Die Herausforderungen der Digitalisierung für die Zukunft der Arbeitswelt, ZEW policy brief Nr. 8, Mannheim.

Autor, David H. (2015): Why are there still so many jobs? The history and future of workplace automation, in: Journal of Economic Perspectives 29(3), S. 3-30.

Becker, Matthias Martin (2017): Automatisierung und Ausbeutung. Was wird aus der Arbeit im digitalen Kapitalismus?, Wien.

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (2007): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, 21. Auflage, Frankfurt a.M.

Blumer, Herbert (1973): Der methodologische Standort des symbolischen Interaktionismus, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.): Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit, Bd. 1, Reinbek bei Hamburg, S. 80-101.

Bonin, Holger/Gregory, Terry/Zierahn, Ulrich (2015): Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland. Endbericht, Kurzexpose Nr. 57, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim.

Bourdieu, Pierre (1977): Outline of a theory of practice, Cambridge/New York.

Bowles, Jeremy (2014): The computerisation of European jobs, <http://bruegel.org/2014/07/the-computerisation-of-european-jobs> (zuletzt aufgerufen am 13.9.2019).

Castel, Robert (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums, Hamburg.

Coulter, Jeff (1990): Ethnomethodological sociology, Aldershot.

Cunha, Daniel (2016): Das Anthropozän als Fetischismus, in: EXIT! Krise und Kritik der Warengesellschaft 13, S. 25-45.

Dahrendorf, Ralf (1980): Im Entschwinden der Arbeitsgesellschaft. Wandlungen der Konstruktion des menschlichen Lebens, in: Merkur 34(8), S. 740-760.

Dahrendorf, Ralf (1983): Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht, in: Matthes, Joachim (Hg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt a.M., S. 25-37.

Evangelista, Rinaldo/Guerrieri, Paolo/Meliciani, Valentina (2014): The economic impact of digital technologies in Europe, in: *Economics of Innovation and New Technology* 23(8), S. 802-824.

Flecker, Jörg (2017): *Arbeit und Beschäftigung. Eine soziologische Einführung*, Wien.

Franzmann, Manuel (Hg.) (2010): *Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft*, Weilerswist.

Frey, Carl Benedict/Osborne, Michael A. (2017): The future of employment: how susceptible are jobs to computerization?, in: *Technological Forecasting and Social Change* 114C, S. 254-280.

Geisen, Thomas/Kraus, Katrin/Ziegelmayr, Veronika (Hg.) (1998): *Zukunft ohne Arbeit? Beiträge zur Krise der Arbeitsgesellschaft*, Frankfurt a.M.

Giddens, Anthony (1984): *The constitution of society. Outline of the theory of structuration*, Cambridge.

Glaser, Hermann (1988): *Das Verschwinden der Arbeit. Die Chancen der neuen Tätigkeitsgesellschaft*, Düsseldorf.

Gundlach, Julia/Rudzio, Kolja/Schieritz, Mark (2016): Ab zum Finanzamt, Kollege! Zeit online, 22.7.2016. <http://www.zeit.de/2016/31/roboter-steuern-zahlen> (zuletzt aufgerufen am 13.9.2019)

Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*, 2 Bände, Frankfurt a.M.

Hansen, James/Sato, Makiko/Hearty, Paul/Ruedy, Reto/Kelley, Maxwell/Masson-Delmotte, Valerie/Russell, Gary/Tselioudis, George/Cao, Junji/Rignot, Eric/Velicogna, Isabella/Tormey, Blair/Donovan, Bailey/Kandiano, Evgeniya/Schuckmann, Karina von/Kharecha, Pushker/Legrande, Allegra N./Bauer, Michael/Lo Kwok-Wai (2016): Ice melt, sea level rise and superstorms: evidence from paleoclimate data, climate modeling, and modern observations that 2°C global warming could be dangerous, in: *Atmospheric Chemistry and Physics* 16(6), S. 3761-3812.

Hardt, Michael/Negri, Antonio (2003): *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt a.M.

Heinrich, Michael (2005): Krise der Arbeitsgesellschaft – Krise des Kapitalismus?, in: Exner, Andreas/Schweiger, Veronika/Hangel, Nora/Sauer, Judith/Schneider, Stefan (Hg.): *Losarbeiten – Arbeitslos? Globalisierungskritik und die Krise der Arbeitsgesellschaft*, Münster, S. 25-31.

Herzog-Stein, Alexander/Stein, Ulrike (2013): Arbeitsmarkt in Deutschland: Mit interner Flexibilität erfolgreich durch die Krise, in: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 137, S. 24-28.

Hillebrandt, Frank (2014): *Soziologische Praxistheorien. Eine Einführung*, Wiesbaden.

Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg.

Hobsbawm, Eric (1995): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München.

Horkheimer, Max (2011): Vernunft und Selbsterhaltung, in: ders.: Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze, 7. Aufl., Frankfurt a.M., S. 271-301.

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (2010): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, 19. Aufl., Frankfurt a.M.

Hörning, Karl H./Reuter, Julia (Hg.) (2004): Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und Praxis, Bielefeld.

Horx, Matthias (2015): Fünf Thesen zur Zukunft der Arbeit, <https://www.zukunftsinstitut.de/artikel/fuenf-thesen-zur-zukunft-der-arbeit> (zuletzt aufgerufen am 13.9.2019).

Hüller, Knut (2015): Kapital als Fiktion. Wie endloser Verteilungskampf die Profitrate senkt und »Finanzkrisen« erzeugt, Hamburg.

Klein, Naomi (2015): Die Entscheidung: Kapitalismus vs. Klima, Frankfurt a.M.

Knoblauch, Hubert (1999): Zwischen System und Subjekt? Unterschiede und Überschneidungen zwischen Systemtheorie und Sozialkonstruktivismus, in: Hitzler, Ronald/Reichert, Jo/Schröer, Norbert (Hg.): Hermeneutische Wissenssoziologie, Konstanz, S. 213-236.

Konicz, Tomasz (2016): Kapitalkollaps. Die finale Krise der Weltwirtschaft, Hamburg.

Kurtzke, Wilfried (2015): Arm in einem reichen Land, in: BIG Business Crime 23(3), S. 10-13.

Kurz, Robert (1986): Die Krise des Tauscherts. Produktivkraft Wissenschaft, produktive Arbeit und kapitalistische Reproduktion, in: Marxistische Kritik 1, S. 7-48.

Kurz, Robert (2005): Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems, Berlin.

Kurz, Robert (2009): Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft, erweiterte Neuauflage, Frankfurt a.M.

Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt a.M.

Marx, Karl (1972): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx Engels Werke, Bd. 8, Berlin, S. 115-123.

Marx, Karl (1983): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Marx Engels Werke, Bd. 42), Berlin.

Marx, Karl (1986): Das Kapital, Bd. 1 (Marx Engels Werke, Bd. 23), Berlin.

Matthes, Joachim (Hg.) (1983): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt a.M.

Miebach, Bernhard (2010): Soziologische Handlungstheorie. Eine Einführung, 3. Aufl., Wiesbaden.

Möller, Carola (2001): Immaterielle Arbeit – die neue Dominante in der Wertschöpfungskette, in: UTOPIE kreativ 128, S. 517-524.

Ortlieb, Claus Peter (2009): Ein Widerspruch von Stoff und Form. Zur Bedeutung der Produktion des relativen Mehrwerts für die finale Krisendynamik, in: EXIT! Krise und Kritik der Warengesellschaft 9, S. 23-54.

Ortlieb, Claus Peter (2010): Die verlorene Unschuld der Produktivität, in: Denknetz (Hg.): Denknetz Jahrbuch 2010: Zu gut für den Kapitalismus. Blockierte Potenziale in einer überforderten Wirtschaft, Zürich, S. 12-19.

Ortlieb, Claus Peter (2013): Ende des Spiels. Warum eine allgemeine Geldentwertung nur eine Frage der Zeit ist. <http://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=autoren&index=3&posnr=519&backtext1=text1.php> (zuletzt aufgerufen am 13.9.2019).

Ortlieb, Claus Peter (2014): Die Gesundheitsbeten. Eine Zwischenbilanz der Euro-Krise anhand amtlicher Daten, in: Konkret 6/2014.

Ortlieb, Claus Peter (2016): Der prozessierende Widerspruch. Produktion des relativen Mehrwerts und Krisendynamik, in: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft.

Paech, Niko (2009): Die Postwachstumsökonomie – ein Vademecum, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 46(160-161), S. 28-31.

Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München.

Parsons, Talcott (1951): The social system, Glencoe.

Postone, Moishe (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx, Freiburg.

Reckwitz, Andreas (2003): Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive, in: Zeitschrift für Soziologie 32(4), S. 282-301.

Reckwitz, Andreas (2016): Kreativität und soziale Praxis. Studien zur Sozial- und Gesellschaftstheorie, Bielefeld.

Rifkin, Jeremy (1995): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a.M.

Schimank, Uwe (2000): Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurtheoretische Soziologie, Weinheim.

Scholz, Roswitha (2011): Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die post-moderne Metamorphose des Patriarchats, verbesserte und erweiterte Neuauflage, Bad Honnef.

Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg.

Sennett, Richard (2014): „Wir müssen die Arbeit umverteilen.“ Interview auf Zeit online, 3.7.2014, <http://www.zeit.de/karriere/2014-06/interview-richard-sennett-arbeitszeit> (zuletzt aufgerufen am 13.9.2019).

Stapelfeldt, Gerhard (2019): Klimawandel. Heiße Sommer, Trockenheit: Fridays for Future und Die Grünen als neue Volkspartei, in: Kritiknetz – Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft.

Struck, Olaf (2016): Krise der Arbeitsgesellschaft? Der Bamberger Soziologiekongress 1982 im Rückblick und Ausblick im Kontext von Digitalisierung, Arbeitsmarkt- und Qualifikationsentwicklung, Working Paper No. 17, Professur für Arbeitswissenschaft, Universität Bamberg.

Stückler, Andreas (2017a): »Aktives Altern« und die Krise der Arbeit. Warum die Altersaktivierung die demographische Problematik nicht lösen wird, in: Soziale Probleme 28(1), S. 75-99.

Stückler, Andreas (2017b): Die Krise der Arbeitsgesellschaft und die Rückkehr des repressiven Strafrechts. Zur Aktualität von Rusche/Kirchheimers »Sozialstruktur und Strafvollzug«, in: Kriminologisches Journal 49(1), S. 42-62.

Wolter, Marc Ingo/Mönnig, Anke/Hummel, Markus/Schneemann, Christian/Weber, Enzo/Zika, Gerd/Helmrich, Robert/Maier, Tobias/Neuber-Pohl, Caroline (2015): Industrie 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Szenario-Rechnungen im Rahmen der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen, IAB Forschungsbericht 08/2015, Nürnberg.

World Economic Forum (2016): The future of jobs. Employment, skills and workforce strategies for the Fourth Industrial Revolution, Cologny/Genf.

Zinn, Karl Georg (1980): Die Selbstzerstörung der Wachstumsgesellschaft. Politisches Handeln im ökonomischen System, Reinbek bei Hamburg.